D1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Landesvielfaltsrat (dort beschlossen am: 27.03.2025)

Titel: **Einfache Sprache bei Anträgen und Bewerbungen zum Landesparteitag**

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, dass Anträge und Bewerbungen bei Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein künftig nur noch zugelassen werden, wenn sie zusätzlich einen Text mindestens in einfacher Sprache enthalten.

Antrag in einfacher oder leichter Sprache

Begründung für Anträgen und Bewerbungen in einfacher Sprache

1. **Mehr Teilhabe und Demokratie**

-Politische Anträge sind oft schwer verständlich.

-Viele Menschen, z. B. mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen, können sich deshalb nicht aktiv einbringen.

-Ein Text in einfacher Sprache ermöglicht mehr Menschen, politische Anträge zu verstehen und mitzugestalten.

2. **Transparenz und Verständlichkeit**

-Viele Parteimitglieder und Bürger*innen sind von Fachbegriffen und

komplizierten Formulierungen abgeschreckt.

-Ein zusätzlicher Text in einfacher Sprache hilft, Missverständnisse zu vermeiden und politische Inhalte klarer zu kommunizieren.

3. **Vorbildfunktion der Grünen**

-Die Grünen setzen sich für Inklusion und Barrierefreiheit ein.

-Einfache Sprache ist ein wichtiger Schritt, um politische Prozesse gerechter zu machen.

-Wenn die Grünen in Schleswig-Holstein damit anfangen, kann das ein Vorbild für andere Parteien sein.

4. **Schnellere Diskussionen und Entscheidungen**

-Wenn Anträge und Bewerbungen sofort verständlich sind, sparen Mitglieder Zeit bei der Diskussion.

-Es gibt weniger Nachfragen, Missverständnisse und unnötige Verzögerungen.

Begründung

Begründung:
Mehr als ein Drittel der eingereichten Anträge enthalten keinen leicht verständlichen Text. Dies erschwert die Teilhabe vieler Menschen, insbesondere von Personen mit Lernschwierigkeiten, geringen Deutschkenntnissen oder anderen Verständnishürden.

Ein zusätzlicher Text in einfacher Sprache verbessert die Barrierefreiheit, sorgt für mehr Transparenz und ermöglicht eine breitere Beteiligung an politischen Entscheidungen.

Dringlichkeit:
Die Dringlichkeit begründet sich in der Tatsache, dass natürlich erst nach der Antragsfrist, die Anträge und Bewerbungen gesichtet werden konnten. Um für die zukünftigen Debatten und Auseinandersetzung mit unseren Anträgen und Bewerbungen alle Menschen beteiligen zu können, beantragen wir jetzt das für alle zukünftigen Anträge und Bewerbungen verpflichtend mindestens auch eine Fassung in einfacher oder in leichter Sprache vorliegen muss.

Unterstützer*innen

Lorenz Mayer (KV Segeberg), Grit Bredereck (KV Rendsburg-Eckernförde), Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Britta Mohr (KV Rendsburg-Eckernförde), Caroline Sindern (KV Rendsburg-Eckernförde), Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg), Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg)

D2

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 01.04.2025)

Titel: **Investitionen in starke Schulen**

Antragstext

Der Landesverband von B'90/Die Grünen Schleswig-Holstein bekennt sich zu einem zukunftsorientierten Bildungssystem. Finanzielle und personelle Kürzungen, die die Schulen unseres Landes in ihrer Funktionsweise beeinträchtigen, sehen wir außerordentlich kritisch.

Auf die nachfolgenden Maßnahmen wollen wir künftig einen stärkeren Fokus legen:

Demokratie erlernen und erleben

Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die junge Menschen in besonderem Maße belasten. In einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage durch den fortschreitenden Klimawandel, Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, das angespannte transatlantische Verhältnis und nicht zuletzt durch Angriffe auf die Grundfeste unserer Demokratie weiter verschärft, ist es die junge Generation, die auf diese drängenden Probleme Lösungen finden muss.

Unsere Demokratie muss geschützt werden. Sie ist die Grundlage für unsere Freiheit und den Wohlstand unserer Nation. Doch eine Demokratie ist nur so stark, wie sich die Menschen für sie stark machen.

Schulen sollen Orte gelebter Demokratie sein. Hier soll Demokratie nichts Abstraktes sein, sondern handfest vermittelt und erfahrbar werden.
Deshalb wollen wir die Mitbestimmung von Schüler:innen weiter stärken und die Rahmenbedingungen, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, weiter ausbauen.

Kürzungen am WiPo-Unterricht lehnen wir dementsprechend konsequent ab.

Schule am digitalen Puls der Zeit

Schulen sollten stets offen sein für neue Formen des Lehrens und Lernens und ihren Schüler:innen die Voraussetzungen für einen möglichst sanften Übergang in das spätere Berufsleben mitgeben. Eine Schule am Puls der Zeit geht auch bei der Digitalisierung mit.
Der Digitalpakt 2.0 ist hierbei ein anzuerkennender Erfolg auf dem Weg, Schulen angemessen mit digitalen Endgeräten und einer digitalen Infrastruktur auszustatten.

Im digitalen Raum lauern viele Gefahren. Die Schule hat eine besondere Verantwortung, ihre Schüler:innen durch Präventionsmaßnahmen einerseits vor diesen Gefahren zu schützen und ihnen andererseits auch den Umgang mit diesen zu lehren. Diese Verantwortung steht nicht im Widerspruch mit der Verantwortung, die alle Eltern für ihre Kinder und deren Nutzung digitaler Medien haben.

Mentale Gesundheit braucht Priorität

Die mentale Gesundheit unserer Schüler:innen ist fatal. Die im Koalitionsvertrag festgelegte schulpsychologische Versorgung wollen wir weiterhin landesweit ausbauen, um den gestiegenen Anforderungen an die psychosoziale Betreuung der Schüler:innen Rechnung zu tragen.

Die Entfristung der Stellen von Schulpsycholog:innen war dabei ein immens wichtiger Schritt. Nun brauchen wir deutlich mehr Stellen.

Investitionen in Bildung sind lohnenswert

Keine Investitionen lohnen sich so sehr wie Investitionen in Bildung. Wer heute im Bildungsbereich spart, wird morgen auf weitere Kürzungen angewiesen sein. Im Gegensatz dazu wird, wer jetzt die richtigen Investitionen tätigt, morgen deren Früchte ernten können.

Durch die künftig mögliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer wollen wir die geplanten Kürzungen im Bildungsbereich (wie z. B. die Reduzierung der Unterrichtsversorgung) wieder zurücknehmen und darüber hinaus weitere Ausgaben, die im Koalitionsvertrag geplant wurden, wie z. B. die Erstellung eines Musterraumprogrammes oder die Einführung von Schulbauberater:innen, in Betracht ziehen.

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg)